Schlagwort-Nr. 3097. Online seit 04.06.2012.

Ruhrkrise und passiver Widerstand

Im Spätherbst 1922 eskalierte der seit dem Abschluss des Versailler Vertrages schwelende Konflikt um die Reparationsleistungen des Deutschen Reichs. Am 14. November sah sich die zweite Regierung Joseph Wirths gezwungen, die Reduzierung der Reparationslast auf ein erträgliches Maß zu fordern. Acht Tage später trat sie zurück. Die französische Regierung wies das Ansinnen am 27. November scharf zurück und drohte mit der Besetzung des Ruhrgebietes.
Die neue Regierung Wilhelm Cunos ließ es dennoch zu Rückständen bei den Sachlieferungen kommen. Die Reparationskommission stellte daraufhin am 26. Dezember 1922 und am 9. Januar 1923 schuldhafte Versäumnisse des Reichs bei den Holz- und Kohlelieferungen fest.
Als am 11. Januar französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschierten, proklamierte die Regierung Cuno den "passiven Widerstand" und verbot allen Staatsbediensteten, sich den Weisungen der Besatzungsmacht zu beugen. Zwar besaß diese Aktion eine große Popularität im Reich, sie geschah jedoch in Verkennung des Umfangs der eigenen Machtmittel.
Denn letztendlich waren Frankreich und Belgien in der Lage, den Widerstand auszuhebeln und nach anfänglichen Schwierigkeiten Profit aus der Besetzung zu schlagen. Daneben gingen sie mit Härte gegen "aktive" Formen des Widerstands wie Sabotage und Streiks vor. Die Wirtschaft des Reichs litt bald unter Rohstoffknappheit, deren Ausgleich große Mengen Devisen verbrauchte. Auch verschlang der "Ruhrkampf" durch Ausgleichszahlungen an Unternehmer, Staatsbeamte und streikende Arbeiter riesige Geldsummen.
Dieses Geld konnte von der Regierung nur durch Kreditaufnahme und das Anwerfen der Notenpresse aufgebracht werden. Die deutsche Währung wurde dadurch in rasender Geschwindigkeit entwertet, es kam zu einer Hyperinflation. Cunos Nachfolger Gustav Stresemann, der seit dem 13. August 1923 im Amt war, musste den "passiven Widerstand" am 26. September 1923 aufgeben. Aber erst mit dem Dawes-Plan von 1924 verpflichteten sich die Alliierten, die besetzten Gebiete binnen Jahresfrist zu räumen.

Literatur:

BÜTTNER, Ursula, Weimar. Die überforderte Republik 1918-1933, in: BENZ, Wolfgang (Hg.), Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 18: 20. Jahrhundert (1918-2000), Stuttgart 102010, S. 171-767, hier S. 389-391, 567 f.

FISCHER, Conan, The Ruhr Crisis, Oxford u. a. 2003.

JEANNESSON, Stanislas, Poincaré, la France et la Ruhr (1922-1924). Histoire d'une occupation (Les mondes germaniques 7), Strassburg 1998.

KOLB, Eberhard, Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundrisse der Geschichte 16), München 72009, S. 51-53, 60, 68 f.

KRUMEICH, Gerd (Hg.), Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004.

RUCK, Michael, Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923, Köln 1986.

RUPIEPER, Hermann-Josef, The Cuno Government and Reparations 1922-1923, Den Haag u. a. 1979.

SCHWABE, Klaus (Hg.), Die Ruhrkrise 1923. Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg, Paderborn 21986.

WILLIAMSON, David G., The British in Germany 1918-1930, New York u. a. 1991, S. 221-252.

Empfohlene Zitierweise:

Ruhrkrise und passiver Widerstand, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 3097, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/3097. Letzter Zugriff am: 12.05.2024.